

Wie schon erwähnt, hat die Reichsregierung das einhellige Ergebnis der Versammlung vom 13. Oktober, nachdem am gleichen 13. Oktober das erste Ermächtigungsgesetz erlassen war, schon am folgenden Montag, dem 15. Oktober, als erste Verordnung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen. Die Reichsregierung war sich bei diesem Beschlusse völlig klar darüber, daß sie einen Entschluß von unabweisbarer Verantwortlichkeit faßte. Sie war aber auch darüber nicht im Zweifel, daß seinen Tag mehr gegürtet werden durfte mit diesem letzten Rettungsversuch.

Ein Hörgern war um so unmöglicher als der Beschluß noch nicht die Ausführung bedeutete. Tatsächlich hat es trotz angelegentlicher Arbeit noch einen vollen Monat gedauert, bis die Rentenmark herausgegeben wurde. Die 100 Millionen Rentenmark, die wir nach dem 16. November noch besonders für die Erwerbslosenfürsorge in dem besetzten Gebiet haben ausgeben müssen, zeigen, was der Rentenmark hätte widerfahren können, wenn sie zu früh, also etwa schon Mitte Oktober, herauskommen wäre, nachdem der passive Widerstand erst am 26. September beendet war. Andererseits hätte vom währungsrechtlichen Standpunkt aus der gesetzgeberische Beschluß durchaus früher ergeben können, und der 15. Oktober war jedenfalls die allerletzte Stunde.

Ueber die Zeit vom 15. Oktober bis zum 15. November kann ich hier nur in großen Zügen berichten. Die Einzelheiten dieser Zeit verdienen freilich die besondere Aufmerksamkeit des Währungsachtmannes und zwar sowohl wegen der eigentlichen Geldfragen wie wegen der Beziehungen zur Preisbildung. Die währungsrechtlichen Fragen sind auch nach dem 16. November dauernd bedeutungsvoll und Gegenstand fortgesetzter Arbeit der Reichsregierung und der Reichsbank geblieben, wobei die allmähliche Beseitigung der Notwendigkeit die besonders im besetzten Gebiet entstanden war, eine große Rolle gespielt hat. Auch den engen Zusammenhang zwischen Währung und Wirtschaft, der fortgesetzt die Aufmerksamkeit der Reichsregierung in Anspruch genommen hat, kann ich hier nicht schildern. Die Arbeit, die bis zum 15. November unter der zermürbenden Aufregung der Tag für Tag rascher in die Tiefe stürzenden Papiermark ausgeführt werden mußte, zerlegt sich in zwei Teile.

Einmal wurde mit größter Beschleunigung alles betrieben was zur Herausgabe der Rentenmark notwendig war. Es verging immerhin einige Zeit, bis das Ausdrucken begann, obwohl die Arbeit, soweit möglich schon vor dem 15. Oktober vorbereitet war. Als das Ausdrucken dann begonnen hatte, kam die schwerste Nebenbelastung aus der Aufgabe, eine vorzeitige Herausgabe kleinerer Rentenmarkmengen zu verhindern. Denn der ganze Plan war ja berechnet, wenn nicht im Augenblick der Herausgabe die Notenpresse zum Stillstand gebracht wurde. Das war aber nur möglich, wenn in diesem Augenblicke sofort Rentenmark da waren, daß die öffentlichen Verbände alsbald die notwendigen Zahlungen an Gehältern und Löhnen mit Hilfe der Rentenmark bewirken konnten. Ein längeres Hörgern war aber politisch und sozial einfach nicht mehr zu ertragen, weil das Wirtschaftsleben bereits in größtem Umfange erlahmt war.

Damit komme ich auf die zweite Reihe von Aufgaben, die auf währungsrechtlichem Gebiet in dem Monat vom 15. Oktober an zu erfüllen waren. Der Ruf nach sogenannten werbefähigen Zahlungsmitteln wurde in dieser Zeit allmählich so stark, daß keine Goldanleihe deren Druck ebenfalls sofort nach dem 15. Oktober vorzuziehen in Angriff genommen war, herausgegeben werden mußten. Die kleinen Goldanleihestücke verschwand sofort wieder aus dem Verkehr, weil jeder, der nur etwa sparen konnte, sie in der Tasche behielt. Durch das Vorhandensein der zwei Arten von Zahlungsmitteln wurde die Papiermark nur noch weiter entwertet. Dingu kam das immer schnellere Stürzen der Papiermark im Ausland, dem das Reich nach Maßgabe seines Devisenbesitzes nur noch in geringem Aus-

maß mit dem überhaupt sehr zweifelhaften Mittel der Intervention ein schwaches Gegengewicht bieten konnte. Nicht etwa lauchten die außerordentlich verantwortlichen Fragen auf, wie sich die Reichsgewalt zu der vorzeitig im Wirtschaftsleben einsetzenden Notierung der Preise in Gold stellen sollte. Am 25. Oktober 1923 wurde auf Antrag des Reichsfinanzministers auch der „Einheitskurs“ wieder eingeführt, der trotz schwerster Anfechtungen in der ersten Zeit bis heute beibehalten worden ist und sich in den damaligen Zeiten und bis jetzt als eine richtige Maßnahme bewährt haben dürfte.

Alle diese Fragen, auf die ich hier des näheren nicht eingehen kann, beschäftigten das Kabinett fast jeden Tag, oder richtiger fast jede Nacht. Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Dr. Schroeder, der seit dem 30. Oktober von seinen übrigen Dienstgeschäften entbunden um die tägliche Arbeit auf dem Währungsgebiet in unmittelbarer Unterstützung des Ministers zu leisten schließlich wurde kurz vor Ablauf dieses schwersten Zeitraumes bis zur Herausgabe der Rentenmark nämlich vom 12. November an, auf meinen Vorschlag von der Reichsregierung der jetzige Reichsbankpräsident Dr. Schacht zum Reichswährungskommissar mit beratender Stimme im Kabinett bestellt, damit dem Reichsfinanzminister und dem Reichskabinett bei den letzten Schritten der Ueberführung in die Rentenmark und der Bildung des Papierkurses auf einer neuen Grundlage sowie bei der weiteren währungsrechtlichen Arbeit ein Bankfachverständiger in verantwortlicher Stellung zur Seite stünde.

### Neues aus aller Welt.

**Gefängnis und Ehrverlust für Kohlenhändler.** Ein Kohlenhändlerprozess, in welchem auch der Verein gegen das Bestechungsumwesen, Berlin, Strafantrag gestellt hat, wurde vor der Strafkammer zu Gleiwitz verhandelt. Durch die Abtrennung Oberschlesiens wurde die Kohlenversorgung der Industrie stark gefährdet. Die verbleibende ober-schlesische Erzeugung mußte rationiert werden. Diese Lage benutzte der Rechnungsführer Konrad Urbainczyk, der im Handelsbüro der Bergwerksdirektion in Hindenburg ange- stellt war, um mit Hilfe des Kohlenhändlers Wilhelm Dezo und des Ingenieurs Kurt Waldbrunn in Hindenburg eine be- vorzugte Belieferung solcher Abnehmer zu organisieren, die „Provisionen“ zahlten. Das Urteil lautete gegen Urbainczyk auf 9 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Dezo auf 7 Monate Gefängnis und gegen Waldbrunn auf 3 Monate Gefängnis.

**Schleichen eines Rechnungsführers.** Die Strafkammer Essen verhandelte auf Antrag des Vereins gegen das Bestechungsumwesen, Berlin, gegen den früheren Vorstandsvorsitzenden Josef Wiewelhofe einer westfälischen Joch. Die Vorgänge spielten in der Kohlenwirtschaft. Der Angeklagte falschte Verbandsrechnungen und bezorgte Abnehmer, die ihm Schmiergelder zahlten. Gleichzeitig betrug er die Joch um den Wert von 70 Waggons Kohlen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen gewinnlicher Unterschlagung und Bestechung zu zwei Jahren Gefängnis. Ein- wegen Bestechung mitangeklagter Kohlenhändler, die nach- weisen konnten, daß sie von dem dunklen Treiben des Wiewel- hofe nichts gewußt haben, kamen mit Geldstrafen davon.

**Ungeblüht.** Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht folgende Zuschrift: Die Reichs-Gereichtsstelle, die bekanntlich zur Sicherstellung der Brotverforgung für die Bevölkerung große Mengen Getreide aufkauft und diese Vorräte haupt- sächlich bei Speiditeuren eingelagert hat, läßt durch ihre be- kannten Hintermänner jetzt beträchtliche Posten verdorbenen Roggen anbieten, der für den menschlichen Genuß unbrauch- bar ist und nun als Viehfutter Verwendung findet. Während noch heute der Landwirt sich strafbar macht, der Brotgetreide veräußert, hat die Reichsgetreidestelle es fertig gebracht, ihre Roggenlager zum Teil verderben zu lassen, sodaß ihre für die menschliche Ernährung bestimmten Getreidereserven nun lediglich zur Viehfütterung verwertet werden können. Ist das, was dem Landwirt im Keinen verboten, der Reichs-Getreidestelle im Großen erlaubt? Und wie wurden seit- dem Kleinmüller behandelt, denen wegen zwei bis drei Pfund Roggen die Mühle geschlossen wurde.

**Raubüberfall auf einen Arzt in Rena.** In der Don- nerstag-Nacht gegen 8 Uhr wurde der Arzt Dr. med. Schügel, als er von einer Krankensuche kam, mitten in der Stadt, auf dem Steinweg überfallen und beraubt. Die Räuber, die dem Arzte das Geld und die Uhr abgenommen hatten, entkamen unerkannt.

**Vier schwere Kirchenbroschüren in acht Tagen.** Aus Döbeln wird geschrieben: Nicht weniger als vier Kirchenbroschüren innerhalb des Zeitraumes einer Woche brachte der wegen Diebstahls häufig vorbestrafte Arbeiter Otto Dornbusch aus Döbeln zuwege. Sein Geübte dabei war sein Bruder Paul Dornbusch, der auch schon Rückfallstrafe ist. Am 3. November v. J. drang Otto Dornbusch mittels Dietrichs in die katholische Kirche in Dessau ein, packte Altardecken, Wäsche, silberne Leuchter u. a. m., die er in den Schränken fand, zusammen, er muß dann aber gestört worden sein, denn er verließ fluchtartig die Kirche unter Zurücklassung der erhofften Beute. Am 7. November drang er in die Kirche des Nachbarortes Törten ein, stahl dort vier Altardecken und ein Sammelbüchsen, erbrach selbst die Leichenhalle und stahl aus ihr einen Gurt zum Sargtragen (1). Am 8. November wurde die katholische Kirche in Dessau heimlich, wo viel wertvolles Material, ein silbernes Kreuz und Altardecken gestohlen wurden; schließlich brachte Otto Dornbusch und sein Bruder Paul noch in zwei Nächten, 9. und 10. November v. J., in die Dessauer Schloß- und Stadtkirche St. Marien ein. Sie fanden bei der Durchsüchtung der Sakristei 26 Pfaffen Abendmahlweine, den sie in einen abgerissenen Vorhang einwickelten und dann abzutransportieren suchten. Dabei wurden sie aber von der Polizei überrascht, die den Ver- schimmer aus der Kirche bemerkt hatte. Die Brochüren er- griffen die Flucht, bombardierten dabei die verfolgenden Be- amten mit den Weinflaschen, die Beamtinnen schossen auf die Flüchtenden und verletzten den Paul Dornbusch, auch der Otto Dornbusch wurde gefaßt. Letzterer hatte übrigens in der Nacht, in der ihm der Einbruch in die katholische Kirche mißglückte, noch einen erfolgreichen Einbruch bei einem Kino- besitzer gemacht, wo er u. a. einen größeren Betrag in Wert- papieren erbeutete. Das Gericht in Dessau verurteilte ihn zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust, seinen Bruder zu vier Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

**Die Duppeler Schanzen.** Eine bährische Landesversamm- lung, die durch ein zu diesem Zweck eingesetztes Komitee für den Ankauf des Areals der Duppeler Schanzen veranstaltet wurde, brachte zusammen mit Beiträgen, die von anderer Seite zur Verfügung gestellt wurden, im ganzen die Summe von 222 000 Kronen. Das Terrain wurde erworben und die alten Schanzstellungen wurden wieder ausgegraben und frei- gelegt. Das Gebiet wurde am 18. April, am 60. Geburtstag der Erklärung der Schanzen dem bährischen Staat als Reiso- nalspark und historisches Denkmal übertragen. In Kopen- hagen fanden eine Reihe von Erinnerungsfeiern statt.

**Der Fremdenstrom in Italien.** Italien ist gegenwärtig dermaßen von Fremden überfüllt, daß in Florenz, wie das „Giornale d'Italia“ meldet, über 1000 Touristen kein Unter- kommen gefunden haben. Sie mußten in der Loggia del Panzi und unter dem Porticus der Uffizien nächtigen. 2500 andere Italiensfahrer, Amerikaner und Deutsche, sind nach Montecatini weitergefahren, wo es ihnen gelang, ein Quar- tier in den Gasthöfen zu finden.

**Neuer Amerikanermord in Albanien.** Nach einem Tele- gramm, welches die „Chicago Tribune“ aus Athen erhielt, sind zwei Amerikaner auf albanischem Boden in einem Walde bei Tirana von einer 15 Mann starken Bande überfallen und ermordet worden. Es handelt sich um zwei amerikanische Touristen, die zum Gorkolge Morqans gehörten. In offiziellen albanischen Kreisen herrscht große Erregung, da in kurzer Zeit vier Amerikaner albanischen Banditen zum Opfer gefallen sind.

# Bubi-Kopf

und alle anderen Frisuren brauchen zum mühelosen Gelingen ein durchaus gesundes, üppiges, seidenglänzendes Haar. Waschen Sie daher den Kopf niemals mit Seife oder den sodahaltigen Kopfwaschpulvern, sondern nur mit dem sodafreien, millionenfach bewährten

## KOMBELLA SHAMPOON

Zu haben in allen Drogerien: In Aue in Drogerie Simos und Drogerie Eter & Co.

### Um was geht es?

Von Reichsminister Dr. Jarres.

Schon jetzt macht sich eine gewisse Gefahr bemerkbar, daß in der Hitze des Wahlkampfes aus tatsächlichen oder persönlichen Gründen Einzelheiten und Teilprobleme allzustark in den Vordergrund des öffentlichen Interesses geschoben werden und daß darüber der Sinn für die großen Grundzüge des jetzigen Wahlkampfes überhaupt verloren geht. Diese Grundzüge jedoch dürften bei aller Schärfe des Wahlkampfes nicht aus den Augen verloren werden. Hoch über den Einzelorderungen der einzelnen Parteien steht als das Allgemeingut jedes Deutschen, das auch das Allgemeingut aller Parteien bleiben muß, das Bewußtsein, um was es eigentlich bei den kommenden Reichstagswahlen geht. Es geht, kurz gesagt, um nichts Geringeres, als um die Erhaltung und Festigung der deutschen Kultur, jenes Begriffes also, um dessen willen der Deutsche erst den Wert, Deutscher zu sein, mit lebhaftem Stolz führt.

Diese deutsche Kultur, die vor dem Kriege vor der ganzen Welt und auch von den uns jetzt feindselig gesinnten Nationen, willig anerkannt wurde, ist nach dem Kriege schweren Bedrohungen ausgesetzt gewesen. Vom Osten her hat sich mit ungeheurer Wucht jener große Ideenstrom über das gesamte mittlere und westliche Europa ergossen, den wir unter dem Begriff Bolschewismus zusammenfassen gewohnt sind. Es hat sich herausgestellt, daß die Verwirklichung dieses Begriffes wie sie, teilweise wenigstens und wahrscheinlich verändernd, in Rußland erreicht worden ist, für deutsche Verhältnisse nicht paßt. Tatsächliche Versuche wie der Einmarsch in München wären nie so katastrophal zusammengebrochen, hätten nie eine so heftige Gegenwirkung hervorgerufen, wenn ihnen tatsächlich eine in deutschem Boden und deutschem Kulturleben wurzelnde Kraft innegewohnt hätte. Die Gefahr des Bolschewismus kann als überwunden gelten, obwohl die deutschen Kommunisten unter eingestandenem Antriebe der kommunistischen Internationale immer wieder versuchen, die mühsam gewonnene Konsolidierung Deutschlands zu unterhöhlen. Es wird ihnen nicht gelingen. Denn noch ist der Bedenkenswerte des deutschen Volkes allzustark und selbstbewußt, als daß er sich von einer vielleicht gigantischen

...er doch seinem Wesen völlig fremden Auffassung der Welt-ordnung beeinflussen ließe.

Auch aus dem Westen droht der deutschen Kultur ein starker Ansturm. Franzosen und Belgier sind es, die sich mit politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Mitteln bemühen, deutsches Kulturland aus Rheinland und Westfalen zurückzu- drängen und ihrer eigenen Lebens- und Weltanschauung zu Einfluß und Macht zu verhelfen. Man spricht so viel von einem politischen und ethnographischen Gegensatz zwischen Rheinländern und dem übrigen Deutschland, man ist sogar soweit gegangen, zu sagen, die Rheinländer seien halbe Franzosen. Gemiß haben die Rheinländer, führend auf der Tradition einer Jahrhunderte alten Kultur und aus einer spezifischen geistigen Beweglichkeit heraus Kulturereignisse von Westen her, wenn sie sie brauchen konnten, willig angenommen. Aber sie haben nicht nur westliche, sondern härter noch Einflüsse von Süden und Osten her angenommen und sie haben sie vor allen Dingen immer selbst- ständig als Deutsche und zur Ergänzung deutschen Lebens ver-arbeitet. Es kann keine Rede davon sein, daß eine Wesens-gemeinschaft zwischen Rheinländern und westlichen Romanen bestünde. Wenn tatsächlich die Rheinländer westlich eingestrichelt wären, bräuchten die Franzosen nicht heute noch nach sechs Jahren der Bestätigung zu den bekannten Mitteln der Anebelung der öffentlichen Meinung durch Zeitungschriften und Aus-weisungen zu greifen.

Die Voraussetzung aber für die Erhaltung der deut- schen Kultur ist allerdings die Freiheit. Politische Freiheit, innere Freiheit und wirtschaftliche Freiheit. Deutsches Land muß deutsch bleiben. In deutschen Gebieten muß volle deutsche Souveränität bestehen. In deutschen Gebieten muß die französische Kultur einfließen, nicht aber der Franzosen in den besetzten Gebieten. Wir müssen also durch die Wahlen eine Außenpolitik ermöglichen, die diesen Verhältnissen ein Ende macht. Wir müssen uns jedoch dabei von Anfang an klar sein, daß mit dem bloßen Meinigen, mit dem blindwilligen Anlaufen gegen die übermächtige Gewalt nichts erreicht, dagegen unter Umständen fremdlandischer Druck auf deutsche Volksgenossen nur noch verstärkt wird. Eine Politik der Unbesonnenheit wäre also keineswegs deutsch, sondern würde nur fremden Einflüssen Vorschub leisten. Wer im Wahlkampf, um seine Pläne in dieser Beziehung bekannt zu machen, keine Antwort weiß als: das haben wir vorläufig geheim, kann nicht das Vertrauen des deutschen Volkes für sich beanspruchen, daß er außerpolitisch mehr erreichen wird als das jetzige Kabinett. Gerade weil es um eine aufge-

meine deutsche Sache geht, um die Erhaltung der deutschen Kultur, die uns allen am Herzen liegt, muß eine Politik nicht der Bergweisung einzelner, sondern eine Politik gemacht werden, bei der möglichst große Teile des deutschen Volkes einmütig zusammenstehen.

Innere Freiheit aber bedeutet eine Politik des gegenseitigen Verständnisses, des gemeinsamen Zusammenarbeitens mit allen Teilen des Volkes. Mit Terror, Gewaltmaßnahmen und Sühnungswang wird nichts erreicht. Die Machtmittel werden nicht dadurch geheiligt, daß sie in den Dienst der deutschvölkischen oder der kommunistischen Sache gestellt werden. Die selbst von deutschvölkischer Seite abgegebenen Zwistigkeiten innerhalb der deutschvölkischen Partei zeigen ganz deutlich die Unfähigkeit dieser Partei, gemeinsame Ziele über die persönliche Auffassung zu stellen. Ähnliche Zwistigkeiten, wenn auch nicht ganz so zer- splitternd, haben sich auch bei den Kommunisten gezeigt.

Wirtschaftliche Freiheit. Ohne diese ist selbstverständlich eine Entwicklung des deutschen Kultur- lebens nicht möglich. Nicht als ob der Kulturträger reich sein müßte; aber alle Kultur setzt wie die höhere politische so auch eine innere wirtschaftliche Unabhängigkeit voraus. So wie jetzt können wir auf die Dauer nicht leben. Das ist für ein Kulturvolk unerträglich. Das zeigt der kata- strophale Niedergang des Mittelstandes, der ja am deutschen Kulturleben einen so großen Anteil hat. Wir brauchen wirtschaftliche Atemmöglichkeit und wirtschaftliche Bewegungsfreiheit. Wir brauchen dazu eine feste Währung, die Befreiung von unnötigen wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen und die Verhinderung von Entwer- tungen, die zur Ausbeutung und wirtschaftlichen Terrori- sierung großer deutscher Volksteile führen. Nicht ein Teil oder ein Stand darf auf Kosten der übrigen leben, sondern alle zusammen müssen gemeinsam an ein gemeinsames Werk Hand anlegen, wie Glieder und Organe desselben Körpers. Nur wer durch seine Wahl dazu beiträgt, daß eine in diesem Sinne aktionsfähige Regierung aufgestellt werden kann, beweist, daß ihm das große deutsche Gemein- sel, die Erhaltung der deutschen Kultur, wirklich am Herzen liegt.